



SPD-Fraktion · Willi-Hörter-Platz 1 · 56068 Koblenz

Herrn

Oberbürgermeister

David Langner

Willi-Hörter-Platz 1

56068 Koblenz

Die Fraktionsvorsitzende Marion Lipinski-Naumann

Ansprechpartner: Büro der SPD-Fraktion

Telefon: +49 (0) 261 129-1071

Telefax: +49 (0) 261 129-1070

E-Mail: fraktion.spd@stadt.koblenz.de

Internet: www.spd-fraktion-koblenz.de

Datum: 30.05.2022

Änderungsantrag zu TOP Ö 12 der Ratssitzung am 30.06.2022: Antrag der Ratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE-PARTEI.: Digitale Beteiligungsformen und Bürger:innenräte als Mittel zur Erneuerung und Stärkung der Demokratie

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zu TOP Ö 20 beantragt die SPD-Ratsfraktion, den Beschlusstext wie folgt zu ändern:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen:

- welche Verfahrensweise zur Einführung eines (Digitalen) Bürgerrats zur kommunalen Umsetzung in Koblenz geeignet ist,
- exemplarische Handlungsfelder als potenzielle Entscheidungsbereiche zur Einbeziehung eines Bürgerrats in Koblenz zu identifizieren,
- die mögliche Vorgehens- und Verfahrensweise beim Ablauf der Einrichtung eines Bürgerrats in einem Anwendungsbeispiel eines kommunalen Handlungsbereichs zu konkretisieren (Erarbeitungsschritte von Empfehlungen und Entstehungsprozess eines Bürgergutachtens), eine Kostenschätzung vorzunehmen und dem Stadtrat als Entscheidungsgrundlage vorzustellen.

Begründung:

Im Sinne einer "lebendigen Demokratie" plant die neue Bundesregierung, künftig bundesweit agierende Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen einzusetzen:

<https://www.buergerrat.de/ueber-buergerraete/was-bringen-buergerraete>

<https://www.buergerrat.de/fileadmin/downloads/broschuere-buergerrat-deutschlands-rolle.pdf>

<https://www.buergerrat.de/aktuelles/bundestagspraesidentin-kuendigt-buergerraete-an/>

Bei der Idee der Bürgerräte geht es nicht darum, Parlamente zu ersetzen, sondern sie zu ergänzen und Parlamentariern eine Richtung vorzugeben. Denn häufig sind die Bürger bereit, weiter zu gehen, als Politikerinnen vermuten.



Das haben die Citizens' Assemblies in Irland gezeigt, die ein Vorbild für den deutschen Bürgerrat sind: Dort hat ein Bürgerrat eine zuvor undenkbbare Einigung zum umstrittenen Abtreibungsparagrafen erreicht.

Und in Frankreich hat Präsident Emmanuel Macron als Reaktion auf die Gelbwestenproteste einen Bürgerrat einberufen, der innovative und weitgehende Vorschläge zum Klimaschutz erarbeitet hat.

Bürgerräte sind zudem ein Instrument der politischen Bildung und können mit sorgfältiger Vorbereitung und geeigneten Verfahrenswegen den Teilnehmenden ein Verständnis für politische Prozesse erzeugen und die Komplexität politischer Entscheidungen vermitteln.

In der 19. Wahlperiode organisierte der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ zusammen mit weiteren privaten Organisationen ebenfalls einen Bürgerrat zum Thema „Deutschlands Rolle in der Welt“. Der damalige Bundestagspräsident übernahm die Schirmherrschaft und eine Projektgruppe der Wissenschaftlichen Dienste der Bundestagsverwaltung begleitete und evaluierte die Arbeit des Bürgerrats.

Den Hintergrund bildete ein Beschluss des Ältestenrats „zu erforschen, ob ein solches Instrument zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit in der repräsentativen Demokratie taugt, und ob ein auf Bundesebene geeignetes Format entwickelt werden könnte.“ Die Mitgliedschaft im Bürgerrat basierte auf einer Zufallsauswahl, welche die Vielfalt der Bevölkerung im Hinblick auf bestimmte Kriterien (Geschlecht, Bundesland, Ortsgröße, Bildungsabschluss, Migrationserfahrung) abbilden sollte. Begleitet wurde der 160 Mitglieder zählende Bürgerrat von rund 80 Moderatoren und 60 aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Letztere waren auch in die strukturelle und inhaltliche Vorbereitung der Veranstaltung wie auch in die eigentliche Sitzungsarbeit eingebunden.

Das Prinzip der „repräsentativen (Zufalls-)Auswahl“ wird allgemein als zentrales Element des Instruments „Bürgerrat“ angesehen – in Abgrenzung etwa zur Expertenkommission, bei der die Sachkunde in Bezug auf ein bestimmtes Thema im Vordergrund steht, oder zur gewählten Vertretungskörperschaft, bei der es um Repräsentation durch einen demokratischen Wahlakt geht.

In Koblenz könnte ausgehend von den Bestrebungen auf Bundesebene ein kommunaler Weg zur Einführung von digitalen Formaten der Bürgerbeteiligung und der Einrichtung eines Bürgerrats in einem geeigneten Handlungsfeld und Entscheidungsbereich modellhaft aufgezeigt und erprobt werden.

Dies sollte sorgfältig vorbereitet werden um in der Öffentlichkeit breite Beteiligungsmöglichkeiten an Demokratie auf kommunaler Ebene mit hoher Selbstwirksamkeit und positiven Erfahrungswerten verbinden zu können.